

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2018/203578]

18. JUNI 2018 — Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Die Überschrift des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2004, wird wie folgt ersetzt:

„Dekret zur Kontrolle der Wahlausgaben und des Ursprungs der Geldmittel für die Wahl des Parlaments und der Gemeinderäte sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft“.

Art. 2 - Artikel 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2004, wird wie folgt ersetzt:

„Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Im Sinne des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Gemeinderäte: alle Gemeinderäte des deutschen Sprachgebiets;
2. Gesetz vom 31. Dezember 1983: Gesetz über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;
3. Gesetz vom 4. Juli 1989: Gesetz über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl der Abgeordnetenversammlung und über die Finanzierung und die offene Buchführung der politischen Parteien;
4. Gesetz vom 19. Mai 1994: Gesetz zur Regelung der Wahlkampagne, über die Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Festlegung der Prüfkriterien für offizielle Mitteilungen der öffentlichen Behörden;

5. Hauptwahlvorstand: Hauptwahlvorstand des Wahlkreises, der in Artikel 11 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt ist;

6. Mitteilungen: alle für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilungen und Informationskampagnen der Regierung, eines bzw. mehrerer ihrer Mitglieder und des Präsidenten des Parlaments, zu denen diese nicht aufgrund einer Gesetzes- oder Verwaltungsbestimmung verpflichtet sind und die mittelbar oder unmittelbar durch öffentliche Mittel finanziert werden;

7. Parlament: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

8. Politische Partei: Vereinigung natürlicher Personen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die an den durch die Verfassung und durch das Gesetz vorgesehenen Wahlen teilnimmt, die gemäß Artikel 20 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Kandidaten vorschlägt und die in den Grenzen der Verfassung, des Gesetzes und des Dekrets versucht, die Äußerung des Volkswillens in der in ihrer Satzung oder in ihrem Programm festgelegten Art und Weise zu beeinflussen.

Als Komponenten einer politischen Partei gelten Einrichtungen, Vereinigungen, Gruppierungen und regionale Gliederungen einer politischen Partei, ungeachtet ihrer Rechtsform, die unmittelbar mit dieser politischen Partei verbunden sind, und zwar:

- Studiendienste,
- wissenschaftliche Einrichtungen,
- Einrichtungen für politische Bildung,
- Produzenten konzessionierter politischer Sendungen,
- die in Artikel 22 des unter Nummer 3 angeführten Gesetzes erwähnte Einrichtung,
- Gliederungen auf Ebene der Bezirke und/oder Wahlkreise für die Wahl der Abgeordnetenversammlung und der Gemeinschafts- und Regionalparlamente,
- politische Fraktionen in den Föderalen Kammern, Gemeinschafts- und Regionalparlamenten und Provinzialräten und in Einrichtungen, die als Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht organisiert sind und die Dotationen oder Zuschüsse erhalten, die diese Versammlungen den politischen Parteien oder politischen Fraktionen bewilligen;

9. Regierung: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

10. Unternehmen: natürliche oder juristische Personen, die dauerhaft einen wirtschaftlichen Zweck verfolgen, und ihre Vereinigungen;

11. Wahlgesetzbuch: Wahlgesetzbuch vom 12. April 1894.“

Art. 3 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Überschrift wird eingefügt:

„Art. 2 - Kontrollausschuss“.

2. Absatz 1 wird wie folgt abgeändert:

a. Zwischen das Wort „Wahlausgaben“ und das Wort „für“ wird die Wortfolge „und des Ursprungs der Geldmittel“ eingefügt.

b. Das Wort „Rates“ wird durch die Wortfolge „Parlaments und der Gemeinderäte“ ersetzt.

3. In Absatz 2 wird das Wort „Rates“ jeweils durch das Wort „Parlaments“ ersetzt.

4. Folgender Absatz 2.1 wird eingefügt:

„Die Mitglieder des Kontrollausschusses sowie die zugelassenen Fraktionssekretäre und Sachverständigen bewahren Stillschweigen über die Dokumente und Beratungen des Ausschusses.“

5. Absatz 3 wird zu Absatz 4.

6. In Absatz 5 wird die Wortfolge „Der Rat“ durch die Wortfolge „Das Parlament“ und das Wort „er“ durch das Wort „es“ ersetzt.

7. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

„Der Kontrollausschuss legt seine Geschäftsordnung fest, die im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wird.“

Art. 4 - Artikel 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird aufgehoben.

Art. 5 - In die Überschrift von Kapitel II desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird folgende Wortfolge eingefügt:

"und des Ursprungs der Geldmittel".

Art. 6 - In das Kapitel II desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird folgender Abschnitt 1, der die bisherigen Artikel 4 bis 7 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 1 - Parlamentswahlen"

Art. 7 - Artikel 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird zu Artikel 3 und wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Überschrift wird eingefügt:

"Art. 3 - Allgemeine Bestimmung".

2. In Absatz 1 wird zwischen das Wort "Wahlausgaben" und das Wort "gemäß" die Wortfolge "und des Ursprungs der verwendeten Geldmittel" eingefügt.

3. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Der Kontrollausschuss lässt sich für die Ausübung der in Absatz 1 erwähnten Kontrolle vom Rechnungshof beraten."

Art. 8 - Artikel 5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird zu Artikel 4 und wird wie folgt ersetzt:

"Art. 4 - Prüfverfahren und Bericht

§ 1 - Der Vorsitzende des Hauptwahlvorstands übermittelt dem Kontrollausschuss gemäß Artikel 94ter § 2 des Wahlgesetzbuches die Berichte über die von den Kandidaten und von den politischen Parteien für Wahlwerbung gemachten Ausgaben und über den Ursprung der verwendeten Geldmittel. Er übermittelt dem Kontrollausschuss auch die von den Kandidaten und den Wahlberechtigten angebrachten Bemerkungen zu den Berichten und den Erklärungen über die Wahlausgaben und über den Ursprung der dazu verwendeten Geldmittel.

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses übermittelt dem Rechnungshof unverzüglich per Einschreibebrief eine Abschrift der Berichte. Der Rechnungshof gibt innerhalb eines Monats eine Stellungnahme über die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Berichte ab. Die Überprüfung durch den Rechnungshof setzt die in § 3 vorgesehene Frist aus.

Diese Stellungnahme wird dem in § 3 Absatz 1 erwähnten Schlussbericht beigefügt.

§ 2 - Nach Erhalt der Stellungnahme des Rechnungshofs untersucht der Kontrollausschuss die in § 1 erwähnten Berichte und eingereichten Bemerkungen, unter Beachtung des Rechts auf Verteidigung.

Zu diesem Zweck kann der Kontrollausschuss alle zusätzlichen Informationen anfordern, die zur Erfüllung seiner Aufgabe notwendig sind.

§ 3 - Der Kontrollausschuss entscheidet spätestens 180 Tage nach dem Tag der Wahlen über die Richtigkeit und die Vollständigkeit der in § 1 erwähnten Berichte. Er fasst die Ergebnisse seiner Untersuchungen in einem Schlussbericht zusammen.

In dem in Absatz 1 erwähnten Schlussbericht des Kontrollausschusses wird zumindest Folgendes angegeben:

1. die Beurteilung der Richtigkeit und Vollständigkeit der in § 1 Absatz 1 erwähnten Berichte;
2. pro politische Partei der Gesamtbetrag der Wahlausgaben zugunsten dieser Partei sowie der Gesamtbetrag der Wahlausgaben zugunsten jeder Liste, der Gesamtbetrag der Ausgaben für alle Kandidaten dieser Liste und individuell für jeden Gewählten;
3. die in Nummer 2 erwähnten Angaben in Bezug auf die anderen Wahlen, die am Tag der Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert wurden;
4. jeder Verstoß gegen die Bestimmungen der Artikel 2, 5, 6 und 10 § 1 des Gesetzes vom 19. Mai 1994.

§ 4 - Der Präsident des Parlaments übermittelt den Schlussbericht des Kontrollausschusses unverzüglich den Diensten des Belgischen Staatsblatts, die ihn innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt in den Anlagen des Belgischen Staatsblatts veröffentlichen.

§ 5 - Stellt der Kontrollausschuss in seinem Schlussbericht einen oder mehrere in Artikel 10 § 1 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 vorgesehene Verstöße fest, kann der Vorsitzende des Kontrollausschusses gemäß Artikel 10 § 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 im Auftrag des Kontrollausschusses bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Anzeige erstatten.

Wenn eine Anzeige seitens des Prokurators des Königs, des Kontrollausschusses oder einer anderen Person erstattet wird, findet Artikel 10 § 3 und 4 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 Anwendung."

Art. 9 - Artikel 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird zu Artikel 5 und wird wie folgt ersetzt:

"Art. 5 - Sanktionen

§ 1 - In folgenden Fällen verlieren die Fraktion oder die Fraktionslosen, die die betreffende politische Partei im Parlament vertreten, während eines Zeitraums, dessen Dauer der Kontrollausschuss festlegt und der nicht weniger als einen und der bis zu acht Monate betragen darf, das Anrecht auf die vom Parlament gewährte finanzielle Unterstützung der Fraktions- oder Parlamentsarbeit:

1. bei Überschreitung des in Artikel 2 § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 vorgesehenen zulässigen Höchstbetrages;
2. bei Verstoß gegen das in Artikel 5 § 1 desselben Gesetzes vorgesehene Verbot;
3. bei Nichtbeachtung der in Artikel 6 desselben Gesetzes angeführten Verpflichtungen;
4. bei Tätiung von Ausgaben oder Verbindlichkeiten für Wahlwerbung, ohne diese beim Vorsitzenden des Hauptwahlvorstandes anzugeben.

§ 2 - Der Vorsitzende des Kontrollausschusses übermittelt den Fraktionen oder Fraktionslosen, die die betreffende politische Partei im Parlament vertreten und denen eine Sanktion auferlegt wurde, unmittelbar per Einschreiben ein Exemplar des Schlussberichts des Kontrollausschusses."

Art. 10 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 5.1, der zu Artikel 6 wird, eingefügt:

"Art. 6 - Besondere Mehrheiten

Die aufgrund von Artikel 4 § 3 und Artikel 5 § 1 des vorliegenden Dekrets sowie aufgrund von Artikel 10 § 2 und 3 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 getroffenen Beschlüsse gelten nur dann als angenommen, wenn sie mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten haben und mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder anwesend waren."

Art. 11 - Artikel 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird aufgehoben.

Art. 12 - In das Kapitel II desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird folgender Abschnitt 2, der einen neuen Artikel 7 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 2 - Wahl der Gemeinderäte".

Art. 13 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 7 eingefügt:

"Art. 7 - Allgemeine Bestimmung

Der Kontrollausschuss nimmt seine Aufgaben im Bereich der Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahlen der Gemeinderäte gemäß dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vom 22. April 2004 wahr."

Art. 14 - Im Kapitel III desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. März 2004, wird Artikel 8, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2004, wie folgt ersetzt:

"Art. 8 - Allgemeine Bestimmung

Der Kontrollausschuss ist mit der Kontrolle der in Artikel 1 Nummer 6 angeführten Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft beauftragt.

Zu diesem Zweck legt er Richtlinien in Bezug auf die konkreten Ausführungsmodalitäten der Kontrolle fest."

Art. 15 - In dasselbe Dekret wird ein neuer Artikel 9 eingefügt:

"Art. 9 - Begutachtungsverfahren im Vorfeld

§ 1 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eines bzw. mehrerer ihrer Mitglieder und der Präsident des Parlaments, die eine in Artikel 1 Nummer 6 erwähnte Mitteilung herausgeben möchten, können den Kontrollausschuss vor deren Veröffentlichung oder Verbreitung um die Abgabe einer Stellungnahme ersuchen.

§ 2 - Zu diesem Zweck ist dem Kontrollausschuss eine Zusammenfassungsvermerkung vorzulegen, die präzise Angaben zum Inhalt und zur Zielsetzung der Mitteilung, zu den benutzten Mitteln, zu den Gesamtkosten und zu den zurate gezogenen Firmen umfasst.

§ 3 - Innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Hinterlegung der Zusammenfassungsvermerkung gibt der Kontrollausschuss mit absoluter Stimmenmehrheit eine unverbindliche Stellungnahme ab.

§ 4 - Die Stellungnahme ist entweder negativ oder positiv unter bestimmten Auflagen, wenn die Mitteilung gemäß Artikel 12 § 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 teilweise oder ganz darauf abzielt, das Ansehen eines oder mehrerer Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder das Ansehen einer politischen Partei zu verbessern.

§ 5 - Gibt der Kontrollausschuss innerhalb der vorgeschriebenen fünfzehntägigen Frist keine Stellungnahme ab, gilt die Stellungnahme als positiv."

Art. 16 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 10 eingefügt:

"Art. 10 - Begutachtungsverfahren im Nachgang

Wurde keine Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß Artikel 9 beantragt, kann die Akte auf Antrag von zwei Parlamentsmitgliedern innerhalb von 60 Tagen nach Veröffentlichung der Mitteilung beim Kontrollausschuss anhängig gemacht werden.

Wurde eine Mitteilung gemäß Artikel 9 vorab durch den Kontrollausschuss geprüft, kann die Akte auf Antrag von zwei Parlamentsmitgliedern innerhalb von 60 Tagen nach Veröffentlichung der Mitteilung beim Kontrollausschuss anhängig gemacht werden:

- wenn sich herausstellt, dass eine negative Stellungnahme nicht berücksichtigt worden ist;
- wenn sich herausstellt, dass die Auflagen, an die eine positive Stellungnahme gebunden war, nicht oder teilweise nicht eingehalten worden sind;
- wenn der Inhalt oder die Form der Mitteilung, der bzw. die im Rahmen des vorab durchgeführten Begutachtungsverfahrens in der Zusammenfassungsvermerkung dargestellt wurde, abgeändert worden ist."

Art. 17 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 11 eingefügt:

"Art. 11 - Sanktionen

Wenn das in Artikel 12 § 2 des Gesetzes vom 19. Mai 1994 angeführte Kriterium in Bezug auf eine in Artikel 1 Nummer 6 erwähnte Mitteilung erfüllt ist, verhängt der Kontrollausschuss folgende Strafen:

1. für eine erste Übertretung: Verweis an den Zuwiderhandelnden mit Veröffentlichung in der Presse;
2. für eine zweite Übertretung: Anrechnung des Viertels der Gesamtkosten der Mitteilung zulasten des Zuwiderhandelnden;
3. für eine dritte Übertretung: Anrechnung der drei Viertel der Gesamtkosten der Mitteilung zulasten des Zuwiderhandelnden;
4. für eine vierte Übertretung und die folgenden Übertretungen: Anrechnung der Gesamtheit der Kosten der Mitteilung zulasten des Zuwiderhandelnden.

Die in Absatz 1 erwähnte Anrechnung bezieht sich auf die Wahlausgaben der Betroffenen bei den nächsten Wahlen, zu denen sie sich stellen.

Der begründete Beschluss des Kontrollausschusses wird innerhalb des Monats, nachdem er befasst wurde, unter Beachtung des Rechts der Verteidigung gefasst.

Dieser Beschluss wird den Betroffenen innerhalb der nächsten sieben Tage mitgeteilt.

Beschlüsse, die eine teilweise oder vollständige Anrechnung der Gesamtkosten der Mitteilung zur Folge haben, werden im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht und den anderen gesetzgebenden Versammlungen mitgeteilt."

Art. 18 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 12 eingefügt:

"Art. 12 - Fristen

Die in den Artikeln 9, 10 und 11 festgelegten Fristen werden ausgesetzt, wenn das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertagt ist, wenn die Sitzungsperiode geschlossen ist und während der Parlamentsferien."

Art. 19 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel IV, das den Artikel 13 umfasst, eingefügt:

"Kapitel IV - Berufung"

Art. 20 - In Kapitel IV desselben Dekrets wird folgender Artikel 13 eingefügt:

"Art. 13 - Klage vor dem Staatsrat

Unbeschadet anders lautender Bestimmungen für die Wahl der Gemeinderäte können Personen, denen der Beschluss des Kontrollausschusses, durch den eine Sanktion auferlegt wird, übermittelt werden muss, nach Erhalt gemäß Artikel 14 § 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat beim Staatsrat eine Nichtigkeitsklage einreichen."

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 18. Juni 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

Sitzungsperiode 2017-2018

Nummerierte Dokumente: 219 (2017-2018) Nr. 1 Dekretvorschlag

219 (2017-2018) Nr. 2 Gutachten des Staatsrats

219 (2017-2018) Nrn. 3+4 Abänderungsvorschläge

219 (2017-2018) Nr. 5 Bericht

Ausführlicher Bericht: 18. Juni 2018 - Nr. 52 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2018/203578]

18 JUIN 2018. — Décret portant modification du décret du 7 avril 2003 visant le contrôle des dépenses électorales pour l'élection du Conseil ainsi que des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er} - L'intitulé du décret du 7 avril 2003 visant le contrôle des dépenses électorales pour l'élection du Conseil ainsi que des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 29 mars 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Décret visant le contrôle des dépenses électorales et de la déclaration de l'origine des fonds engagés pour l'élection du Parlement et des conseils communaux ainsi que des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone ».

Art. 2 - L'article 1^{er} du même décret, modifié par le décret du 29 mars 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} - Définitions

Au sens du présent décret, il faut entendre par :

1^o conseils communaux : tous les conseils communaux de la région de langue allemande;

2^o loi du 31 décembre 1983 : loi de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

3^o loi du 4 juillet 1989 : loi relative à la limitation et au contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection de la Chambre des représentants, ainsi qu'au financement et à la comptabilité ouverte des partis politiques;

4^o loi du 19 mai 1994 : loi réglementant la campagne électorale, concernant la limitation et la déclaration des dépenses électorales engagées pour les élections du Parlement wallon, du Parlement flamand, du Parlement de la Région de Bruxelles-Capitale et du Parlement de la Communauté germanophone, et fixant le critère de contrôle des communications officielles des autorités publiques;

5^o bureau principal : bureau principal de la circonscription électorale déterminé à l'article 11 de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Parlement de la Communauté germanophone;

6^o communications : toutes les communications et campagnes d'information du Gouvernement, d'un ou de plusieurs de ses membres et du Président du Parlement, destinées au public, auxquelles ils ne sont pas tenus en vertu d'une disposition légale ou administrative et qui sont financées directement ou indirectement par des fonds publics;

7^o Parlement : le Parlement de la Communauté germanophone;

8^o parti politique : association de personnes physiques, dotée ou non de la personnalité juridique, qui participe aux élections prévues par la Constitution et la loi, présente des candidats conformément à la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Parlement de la Communauté germanophone et qui, dans les limites de la Constitution, de la loi et du décret, tente d'influencer l'expression de la volonté populaire de la manière définie dans ses statuts ou son programme.

Sont considérés comme composantes d'un parti politique les organismes, associations, groupements et entités régionales d'un parti politique, quelle que soit leur forme juridique, qui lui sont directement liés, à savoir :

- les services d'études;

- les organismes scientifiques;

- les instituts de formation politique;

- les producteurs d'émissions politiques concédées;

- l'institution visée à l'article 22 de la loi mentionnée au 3^o;

- les entités constituées au niveau des arrondissements et/ou des circonscriptions électorales pour l'élection de la Chambre des représentants et des parlements de Communauté et de Région;

- les groupes politiques des Chambres fédérales, des parlements de Communauté et de Région et des conseils provinciaux, ainsi que les institutions, créées sous la forme d'une association sans but lucratif, qui perçoivent les dotations ou les subventions octroyées par ces assemblées aux partis ou aux groupes politiques;

9^o Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

10^o entreprise : toute personne physique ou morale qui poursuit un objectif économique et son association;

11° Code électoral : le Code électoral du 12 avril 1894. »

Art. 3 - À l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé suivant est inséré :

« Art. 2 - Commission de contrôle ».

2° à l'alinéa 1^{er}, les modifications suivantes sont apportées :

a. les mots « les dépenses électorales engagées » sont remplacés par les mots « les dépenses électorales et la déclaration de l'origine des fonds engagés »;

b. le mot « Conseil » est remplacé par les mots « Parlement et des conseils communaux »;

3° à l'alinéa 2, le mot « Conseil » est chaque fois remplacé par le mot « Parlement »;

4° il est inséré un alinéa 2.1 rédigé comme suit :

« Les membres de la commission de contrôle ainsi que les secrétaires de groupes politiques et autres experts admis gardent le secret concernant les documents et les délibérations de ladite commission. »

5° l'alinéa 3 devient l'alinéa 4;

6° à l'alinéa 5, les mots « Le Conseil » sont remplacés par les mots « Le Parlement »;

7° il est inséré un alinéa 6 rédigé comme suit :

« La commission de contrôle établit son règlement d'ordre intérieur, lequel est publié au *Moniteur belge*. »

Art. 4 - L'article 3 du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, est abrogé.

Art. 5 - L'intitulé du chapitre II du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, est complété par les mots : « et de la déclaration d'origine des fonds ».

Art. 6 - Dans le chapitre II du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, il est inséré une section 1^{re}, comportant les articles 4 à 7 déjà existants, intitulée comme suit :

« Section 1^{re} - Élections parlementaires »

Art. 7 - À l'article 4 du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, qui devient l'article 3, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé suivant est inséré :

« Art. 3 - Dispositions générales »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et de la déclaration d'origine des fonds » sont insérés entre les mots « dépenses électorales » et le mot « conformément »;

3° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« La commission de contrôle se fait conseiller par la Cour des comptes pour l'exercice du contrôle mentionné à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 8 - L'article 5 du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, qui devient l'article 4, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4 - Procédure de contrôle et rapport

§ 1^{er} - Conformément à l'article 94^{ter}, § 2, le président du bureau principal communique à la commission de contrôle les rapports sur les dépenses de propagande électorale engagées par les candidats et par les partis politiques ainsi que sur l'origine des fonds qu'ils y ont affectés. Il lui transmet également les remarques formulées par les candidats et les électeurs inscrits à propos des rapports et des explications concernant les dépenses électorales et l'origine des fonds engagés à cet effet.

Le président de la commission de contrôle communique sans délai à la Cour des comptes, par pli recommandé, une copie des rapports. La Cour des comptes émet, dans un délai d'un mois, un avis concernant l'exactitude et l'exhaustivité de ces rapports. L'examen par la Cour des comptes suspend le délai prévu au § 3.

Cet avis est annexé au rapport final mentionné au § 3, alinéa 1^{er}.

§ 2 - Après réception de l'avis de la Cour des comptes, la commission de contrôle statue sur les rapports et les remarques introduites mentionnées au § 1^{er}, dans le respect des droits de la défense.

À cet effet, la commission de contrôle peut requérir toute information complémentaire nécessaire à l'accomplissement de sa mission.

§ 3 - La commission de contrôle statue dans les cent-quatre-vingts jours après les élections sur l'exactitude et l'exhaustivité des rapports mentionnés au § 1^{er}. Elle résume le résultat de ses examens dans un rapport final.

Le rapport final mentionné dans l'alinéa 1^{er}, établi par la commission de contrôle, reprend au moins les éléments suivants :

1° l'évaluation de l'exactitude et de l'exhaustivité des rapports mentionnés dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er};

2° par parti politique, le montant total des dépenses engagées par ce parti ainsi que le montant total des dépenses électorales engagées pour chaque liste ainsi que le montant total des dépenses engagées pour tous les candidats de cette liste et pour chaque élu séparément;

3° les informations mentionnées au 2° concernant les autres élections organisées le jour de l'élection du Parlement de la Communauté germanophone;

4° toute infraction aux dispositions des articles 2, 5, 6 et 10, § 1^{er}, de la loi du 19 mai 1994.

§ 4 - Le président du Parlement transmet sans délai le rapport final de la commission de contrôle aux services du *Moniteur belge* qui le publient dans les annexes du *Moniteur belge* dans les trente jours après réception.

§ 5 - Si la commission de contrôle constate une ou plusieurs infractions prévues à l'article 10, § 1^{er}, de la loi du 19 mai 1994, son président peut, pour le compte de ladite commission, déposer plainte auprès du procureur du Roi compétent conformément à l'article 10, § 2, de la loi précitée.

Si une plainte est déposée à l'initiative du Procureur du Roi, de la commission de contrôle ou d'une autre personne, l'article 10, § 3 et 4, de la loi du 19 mai 1994 s'applique. »

Art. 9 - L'article 6 du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, qui devient l'article 5, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5 - Sanctions

« § 1^{er} - Pendant une période fixée par la commission de contrôle et qui ne peut être inférieure à un mois, ni supérieure à huit mois, le groupe politique ou les conseillers représentant le parti politique au sein du Parlement perdent le droit aux aides financières allouées par ce dernier pour le travail parlementaire dans les cas suivants :

1° dépassement du montant maximal consenti par l'article 2, § 1^{er}, alinéa 2, 3°, de la loi du 19 mai 1994;

2° infraction à l'interdiction prévue à l'article 5, § 1^{er}, de la même loi;

3° non-respect des engagements énoncés dans l'article 6 de la même loi;

4° exécution de dépenses ou prise d'engagements en matière de propagande électorale sans en aviser le président du bureau principal concerné.

§ 2 - Le président de la commission de contrôle communique sans délai un exemplaire du rapport final de ladite commission, par pli recommandé, aux groupes politiques ou aux parlementaires indépendants représentant le parti politique au sein du Parlement et auxquels une sanction a été imposée. »

Art. 10 - Dans le même décret, il est inséré un article 5.1, qui devient l'article 6 :

« Art. 6 - Majorités spéciales

Les décisions prises en vertu de l'article 4, § 3, et de l'article 5, § 1^{er}, du présent décret ainsi que de l'article 10, § 2 et 3, de la loi du 19 mai 1994 ne sont réputées approuvées que si elles ont reçu au moins deux tiers des suffrages émis et qu'au moins deux tiers des membres de la commission étaient présents. »

Art. 11 - L'article 7 du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, est abrogé.

Art. 12 - Dans le chapitre II du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, il est inséré une section 2, comportant un nouvel article 7, intitulée comme suit :

« Section 2 - Élection des conseils communaux ».

Art. 13 - Dans le même décret, il est inséré un article 7 rédigé comme suit :

« Art. 7 - Dispositions générales

La commission de contrôle assure les missions relatives au contrôle des dépenses électorales pour l'élection des conseils communaux conformément au Code de la démocratie locale et de la décentralisation du 22 avril 2004. »

Art. 14 - Dans le chapitre III du même décret, inséré par le décret du 29 mars 2004, l'article 8, modifié par le décret du 29 mars 2004, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 8 - Dispositions générales

La commission de contrôle est chargée de contrôler les communications des autorités publiques de la Communauté germanophone visées à l'article 1^{er}, 6^o.

À cette fin, elle peut adopter des directives relatives aux modalités concrètes d'exécution du contrôle. »

Art. 15 - Dans le même décret, il est inséré un article 9 rédigé comme suit :

« Art. 9 - Procédure d'avis préalable

§ 1^{er} - Le Gouvernement de la Communauté germanophone, un ou plusieurs de ses membres et le président du Parlement qui souhaitent diffuser une communication mentionnée à l'article 1^{er}, 6^o, peuvent solliciter, avant la publication ou la diffusion, l'avis de la commission de contrôle à ce sujet.

§ 2 - À cette fin, il convient de présenter à la commission de contrôle une note de synthèse reprenant des informations précises relatives au contenu et à l'objectif de ladite communication, aux moyens utilisés, au coût total et aux firmes consultées.

§ 3 - Dans les quinze jours qui suivent le dépôt de la note de synthèse, la commission de contrôle rend un avis contraignant, qu'elle adopte à l'unanimité des voix.

§ 4 - L'avis est négatif ou conditionnel si la communication vise, conformément à l'article 12, § 2, de la loi du 19 mai 1994, en tout ou partie l'amélioration de l'image d'un ou de plusieurs membres du Gouvernement de la Communauté germanophone et du président du Parlement de la Communauté germanophone ou de l'image d'un parti politique.

§ 5 - Si la commission de contrôle ne rend pas son avis dans le délai prescrit de quinze jours, l'avis est réputé positif. »

Art. 16 - Dans le même décret, il est inséré un article 10, rédigé comme suit :

« Art. 10 - Procédure d'avis ultérieure

Si l'avis n'a pas été demandé conformément à l'article 9, la commission de contrôle peut, à la demande de deux parlementaires, être saisie du dossier dans les soixante jours de la parution de la communication.

Si la commission de contrôle a examiné une communication au préalable conformément à l'article 9, elle peut, à la demande de deux parlementaires, être saisie du dossier dans les soixante jours de la parution de la communication :

- s'il s'avère que l'avis négatif n'a pas été pris en compte;
- s'il s'avère que les conditions assorties à un avis positif n'ont pas été respectées, en tout ou partie;
- si le contenu ou la forme de la communication ont été modifié par rapport à ce qui avait été exposé dans la note de synthèse. »

Art. 17 - Dans le même décret, il est inséré un article 11 rédigé comme suit :

« Art. 11 - Sanctions

Lorsque le critère visé à l'article 12, § 2, de la loi du 19 mai 1994, portant sur une communication visée au § 1^{er}, 6^o, est rempli, la commission de contrôle inflige les sanctions suivantes :

- 1° pour une première contravention : blâme au contrevenant avec publication dans la presse;
- 2° pour une deuxième contravention : imputation du quart du coût total de la communication au contrevenant;
- 3° pour une troisième contravention : imputation des trois quarts du coût total de la communication au contrevenant;
- 4° pour une quatrième contravention et les contraventions suivantes : imputation du coût total de la communication au contrevenant.

L'imputation visée à l'alinéa 1^{er} porte sur les dépenses électorales des intéressés lors des prochaines élections auxquelles ils se présenteront.

La décision motivée de la commission de contrôle est rendue dans le mois qui suit la saisine, dans le respect des droits de la défense.

Cette décision est communiquée aux intéressés dans les sept jours qui suivent.

Les décisions qui ont pour conséquence l'imputation partielle ou totale du coût total de la communication sont publiées au *Moniteur belge* et communiquées aux autres assemblées législatives. »

Art. 18 - Dans le même décret, il est inséré un article 12 rédigé comme suit :

« Art. 12 - Délais

Les délais fixés aux articles 9, 10 et 11 sont suspendus si le Parlement de la Communauté germanophone est ajourné, si la session parlementaire est close et pendant les vacances parlementaires. »

Art. 19 - Dans le même décret, il est inséré un chapitre IV, comportant l'article 13, intitulé comme suit :

« Chapitre IV - Recours ».

Art. 20 - Dans le chapitre IV du même décret, il est inséré un article 13 rédigé comme suit :

« Art. 13 - Recours auprès du Conseil d'État

Sans préjudice de dispositions contraires et pour l'élection des conseils communaux, toute personne à laquelle une sanction imposée par décision de la commission de contrôle doit être transmise peut introduire un recours en annulation contre celle-ci après réception conformément à l'article 14, § 1^{er} et 2, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973. »

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 18 juin 2018.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS,

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS,

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS,

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2017-2018

Documents parlementaires : 219 (2017-2018) n° 1 Proposition de décret

219 (2017-2018) n° 2 Avis du Conseil d'État

219 (2017-2018) n°s 3+4 Propositions d'amendement

219 (2017-2018) n° 5 Rapport

Compte rendu intégral : 18 juin 2018 - n° 52 Discussion et vote

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2018/203578]

18 JUNI 2018. — Decreet tot wijziging van het decreet van 7 april 2003 betreffende het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad en op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1 - Het opschrift van het decreet van 7 april 2003 betreffende het toezicht op de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad en op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt vervangen als volgt:

"Decreet betreffende het toezicht op de verkiezingsuitgaven en de herkomst van de geldmiddelen voor de verkiezing van het Parlement en van de gemeenteraden, alsook betreffende het toezicht op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 2 - Artikel 1 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt vervangen als volgt:

"Artikel 1 - Definities

In de zin van dit decreet wordt verstaan onder:

1° gemeenteraden: alle gemeenteraden van het Duitse taalgebied;

2° wet van 31 december 1983: de wet tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

3° wet van 4 juli 1989: de wet betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezingen van de Kamer van volksvertegenwoordigers, de financiering en de open boekhouding van de politieke partijen;

4° wet van 19 mei 1994: de wet tot regeling van de verkiezingscampagne en tot beperking en aangifte van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezingen van het Vlaams Parlement, het Waals Parlement, het Brussels Hoofdstedelijk Parlement en het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, alsmede tot vaststelling van de toetsingsnorm inzake officiële mededelingen van de overheid;

5° hoofdbureau: het kieskringhoofdbureau bepaald in artikel 11 van de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen;

6° mededelingen: alle voor het publiek bestemde mededelingen en informatiecampagnes van de Regering, van één of meer van haar leden en van de voorzitter van het Parlement waartoe deze niet op grond van een wettelijke of bestuursrechtelijke bepaling verplicht zijn en die direct of indirect met overheidsgeld worden gefinancierd;

7° Parlement: het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

8° politieke partij: de vereniging van natuurlijke personen, al dan niet met rechtspersoonlijkheid, die aan door de Grondwet en de wet bepaalde verkiezingen deelneemt, die overeenkomstig artikel 20 van de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen kandidaten voordraagt en die, binnen de grenzen van de Grondwet, de wet en het decreet de totstandkoming van de volkswil beoogt te beïnvloeden op de wijze bepaald in haar statuten of haar programma.

Worden beschouwd als componenten van een politieke partij, de instellingen, verenigingen, groeperingen en regionale entiteiten van een politieke partij, ongeacht hun rechtsvorm, die rechtstreeks verbonden zijn met die politieke partij, met name:

- de studiediensten;

- de wetenschappelijke instellingen;

- de politieke vormingsinstellingen;

- de politieke omroepverenigingen;
- de instelling bedoeld in artikel 22 van de wet vermeld in 3°;
- de entiteiten georganiseerd op het niveau van de arrondissementen en/of van de kieskringen voor de verkiezing van de Kamer van volksvertegenwoordigers en van de gemeenschaps- en gewestparlementen;
- de politieke fracties van de federale Kamers, de Gemeenschaps- en Gewestparlementen en de provincieraden en de instellingen, opgericht in de vorm van een vereniging zonder winstoogmerk, die de door deze assemblees aan de politieke partijen of politieke fracties toegekende dotaties of subsidies ontvangen;

9° Regering; de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

10° onderneming; natuurlijke personen of rechtspersonen die op duurzame wijze een economisch doel nastreven, alsmede hun verenigingen;

11° kieswetboek: het kieswetboek van 12 april 1894."

Art. 3 - In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het volgende opschrift wordt ingevoegd:

"Art. 2 - Toezichtscommissie

2° in het eerste lid worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a. tussen het woord "verkiezingsuitgaven" en het woord "voor" worden de woorden "en de herkomst van de geldmiddelen" ingevoegd;

b. de woorden "de Raad" worden vervangen door de woorden "het Parlement en de gemeenteraden";

3° in het tweede lid worden de woorden "van de Raad" telkens vervangen door het woord "van het Parlement".

4° er wordt een lid 2.1 ingevoegd, luidende:

"De leden van de toezichtscommissie en de toegelaten fractiesecretarissen en deskundigen bewaren het stilzwijgen over de documenten en beraadslagingen van de commissie."

5° het derde lid wordt het vierde lid;

6° in het vijfde lid worden de woorden "De Raad" vervangen door de woorden "Het Parlement" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "het";

7° het artikel wordt aangevuld met een zesde lid, luidende:

"De toezichtscommissie legt haar huishoudelijk reglement vast dat in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt."

Art. 4 - Artikel 3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt opgeheven.

Art. 5 - Het opschrift van hoofdstuk II van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk II - Toezicht op de verkiezingsuitgaven en op de herkomst van de geldmiddelen"

Art. 6 - In hoofdstuk II van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt een afdeling 1 ingevoegd, die de huidige artikelen 4 tot 7 omvat:

"Afdeling 1 - Parlementsverkiezingen"

Art. 7 - Artikel 4 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt artikel 3 en wordt gewijzigd als volgt:

1° het volgende opschrift wordt ingevoegd:

"Art. 3 - Algemene bepaling"

2° in het eerste lid worden de woorden "en de herkomst van de aangewende geldmiddelen" ingevoegd tussen het woord "verkiezingsuitgaven" en het woord "overeenkomstig";

3° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"De toezichtscommissie laat zich adviseren door het Rekenhof voor de uitoefening van het toezicht vermeld in het eerste lid."

Art. 8 - Artikel 5 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt artikel 4 en wordt vervangen als volgt:

"Art. 4 - Onderzoeksprocedure en verslag

§ 1 - Overeenkomstig artikel 94ter, § 2, van het Kieswetboek zendt de voorzitter van het kieskringhoofdbureau de verslagen over de uitgaven die de politieke partijen en de kandidaten voor verkiezingspropaganda hebben gedaan, alsmede over de herkomst van de geldmiddelen die zij daartoe hebben aangewend toe aan de toezichtscommissie. Ook de opmerkingen die de kandidaten en de kiesgerechtigden bij de verslagen hebben gemaakt en de aangifte inzake de verkiezingsuitgaven en inzake de herkomst van de daartoe aangewende geldmiddelen zendt hij toe aan de toezichtscommissie.

De voorzitter van de toezichtscommissie zendt zo snel mogelijk per aangetekende brief een kopie van de verslagen toe aan het Rekenhof. Het Rekenhof verstrekt binnen een maand een advies over de juistheid en volledigheid van die verslagen. De toetsing door het Rekenhof schorst de termijn bepaald in § 3.

Dat advies wordt bij het eindverslag vermeld in § 3, eerste lid, gevoegd.

§ 2 - Na ontvangst van het advies van het Rekenhof onderzoekt de toezichtscommissie de in § 1 vermelde verslagen en de ingediende opmerkingen, met inachtneming van het recht op verdediging.

Met dit doel kan de toezichtscommissie alle aanvullende inlichtingen opvragen die noodzakelijk zijn om haar opdracht te vervullen.

§ 3 - De toezichtscommissie doet ten laatste 180 dagen na de verkiezingsdag uitspraak over de juistheid en de volledigheid van de verslagen vermeld in § 1. Ze vat de resultaten van haar onderzoek in een eindverslag samen.

In het eindverslag van de toezichtscommissie vermeld in het eerste lid wordt ten minste het volgende vermeld:

1° de beoordeling van de juistheid en volledigheid van de verslagen vermeld in § 1, eerste lid;

2° per politieke partij, het totaalbedrag van de verkiezingsuitgaven ten voordele van die partij, het totaalbedrag van de verkiezingsuitgaven ten voordele van elke lijst, alsook het totaalbedrag van de uitgaven voor alle kandidaten van deze lijst en voor elke gekozen afzonderlijk;

3° de gegevens vermeld in 2° over de andere verkiezingen die georganiseerd werden op de dag van de verkiezing van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

4° elke overtreding van de bepalingen van de artikelen 2, 5, 6 en 10, § 1, van de wet van 19 mei 1994.

§ 4 - De voorzitter van het Parlement zendt het eindverslag van de toezichtscommissie zo snel mogelijk toe aan de diensten van het *Belgisch Staatsblad* die het binnen dertig dagen na ontvangst in de bijlagen van het *Belgisch Staatsblad* bekendmaken.

§ 5 - Als de toezichtscommissie in haar eindverslag één of meer overtredingen bepaald in artikel 10, § 1, van de wet van 19 mei 1994 vaststelt, kan de voorzitter van de toezichtscommissie overeenkomstig artikel 10, § 2, van de wet van 19 mei 1994 in opdracht van de toezichtscommissie aangifte doen bij het bevoegde parket.

Als de procureur des Konings, de toezichtscommissie of een andere persoon aangifte doet, dan is artikel 10, § 3 en 4, van de wet van 19 mei 1994 van toepassing."

Art. 9 - Artikel 6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt artikel 5 en wordt vervangen als volgt:

"Art. 5 - Sancties

" § 1 - Tijdens een door de toezichtscommissie bepaalde periode die ten minste één maand en ten hoogste acht maanden mag duren, verliezen de fractie of de fractiellozen die de betrokken politieke partij in het Parlement vertegenwoordigen het recht op de door het Parlement toegekende financiële ondersteuning voor de fractiewerkzaamheden of parlementaire werkzaamheden, indien ze:

1° het toegestane maximumbedrag bepaald in artikel 2, § 1, tweede lid, 3°, van de wet van 19 mei 1994 overschrijden;

2° het verbod bepaald in artikel 5, § 1, van dezelfde wet overtreden;

3° de verplichtingen vermeld in artikel 6 van dezelfde wet niet nakomen;

4° uitgaven doen of verbintenissen aangaan voor verkiezingspropaganda, zonder die aan de voorzitter van het hoofdbureau mee te delen.

§ 2 - De voorzitter van de toezichtscommissie zendt onmiddellijk per aangetekend schrijven een exemplaar van het eindverslag van de toezichtscommissie toe aan de fracties of fractiellozen die de betrokken politieke partij in het Parlement vertegenwoordigen en die een sanctie hebben gekregen."

Art. 10 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 5.1 ingevoegd, dat artikel 6 wordt:

"Art. 6 - Bijzondere meerderheden

De beslissingen genomen op grond van artikel 4, § 3, en artikel 5, § 1, van dit decreet, alsook op grond van artikel 10, § 2 en 3, van de wet van 19 mei 1994 worden pas als aangenomen beschouwd, indien ze minstens twee derde van de stemmen hebben gekregen en indien minstens twee derde van de commissieleden aanwezig was."

Art. 11 - Artikel 7 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt opgeheven.

Art. 12 - In hoofdstuk II van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt een afdeling 2 ingevoegd, die een nieuw artikel 7 bevat, luidende:

"Afdeling 2 - Gemeenteraadsverkiezingen"

Art. 13 - In hetzelfde decreet wordt het volgende artikel 7 ingevoegd, luidende:

"Art. 7 - Algemene bepaling

Voor de gemeenteraadsverkiezingen oefent de toezichtscommissie haar taken inzake controle van de verkiezingsuitgaven uit overeenkomstig het Wetboek van de plaatselijke democratie en decentralisatie van 22 april 2004."

Art. 14 - In hoofdstuk III van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 maart 2004, wordt artikel 8, gewijzigd bij het decreet van 29 maart 2004, vervangen als volgt:

"Art. 8 - Algemene bepaling

De toezichtscommissie is belast met het toezicht op de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 1, 6°.

Met dit doel legt ze richtlijnen vast voor de concrete uitvoering van het toezicht."

Art. 15 - In hetzelfde decreet wordt een nieuw artikel 9 ingevoegd, luidende:

"Art. 9 - Voorafgaande adviesprocedure

§ 1 - De Regering van de Duitstalige Gemeenschap, een of meer van haar leden en de voorzitter van het Parlement die een mededeling als bedoeld in artikel 1, 6°, wensen te doen, kunnen de toezichtscommissie om advies verzoeken voordat die mededeling bekendgemaakt of verspreid wordt.

§ 2 - Met dit doel moet aan de toezichtscommissie een overzichtsnota worden voorgelegd met precieze inlichtingen over de inhoud en de redenen van de mededeling, de aangewende middelen, de totale kostprijs en de geraadpleegde firma's.

§ 3 - Binnen vijftien dagen na indiening van de overzichtsnota brengt de toezichtscommissie een niet-bindend advies uit bij volstrekte meerderheid van stemmen.

§ 4 - Het advies is ofwel negatief, ofwel voorwaardelijk positief, als de mededeling overeenkomstig artikel 12, § 2, van de wet van 19 mei 1994 geheel of gedeeltelijk tot doel heeft het imago van één of meer leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en van de voorzitter van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap of het imago van een politieke partij te verbeteren.

§ 5 - Als de toezichtscommissie binnen de voorgeschreven termijn van vijftien dagen geen advies verstrekt, wordt het advies als positief beschouwd."

Art. 16 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 10 ingevoegd, luidende:

"Art. 10 - Latere adviesprocedure

Indien geen advies overeenkomstig artikel 9 werd ingewonnen bij de toezichtscommissie, kan de zaak op verzoek van twee parlementsleden binnen zestig dagen na bekendmaking van de mededeling bij de toezichtscommissie aanhangig gemaakt worden.

Indien een mededeling overeenkomstig artikel 9 vooraf door de toezichtscommissie werd getoetst, kan de zaak op verzoek van twee parlementsleden binnen zestig dagen na bekendmaking van de mededeling bij de toezichtscommissie aanhangig gemaakt worden:

- als blijkt dat geen rekening werd gehouden met een negatief advies;

- als blijkt dat de voorwaarden die aan een positief advies verbonden waren, niet of slechts gedeeltelijk werden vervuld;

- als de inhoud of de vorm van de mededeling die in het kader van de voorafgaande adviesprocedure in de overzichtsnota werd vermeld, gewijzigd werd."

Art. 17 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 11 ingevoegd, luidende:

"Art. 11 - Sancties

Als het criterium vermeld in artikel 12, § 2, van de wet van 19 mei 1994 met betrekking tot een mededeling als vermeld in artikel 1, 6°, vervuld is, treft de toezichtscommissie de volgende sancties:

1° voor een eerste overtreding: een blaam voor de overtreder met bekendmaking in de pers;

2° voor een tweede overtreding: een vierde van de totale kostprijs van de mededeling wordt ten laste van de overtreder gelegd;

3° voor een derde overtreding: drie vierde van de totale kostprijs van de mededeling wordt ten laste van de overtreder gelegd;

4° voor een vierde overtreding en de volgende overtredingen: de totale kostprijs van de mededeling wordt ten laste van de overtreder gelegd.

De tenlastelegging vermeld in het eerste lid heeft betrekking op de verkiezingsuitgaven van de betrokkenen voor de volgende verkiezingen waaraan zij deelnemen.

De met redenen omklede beslissing van de toezichtscommissie wordt genomen binnen de maand nadat de zaak bij haar aanhangig is gemaakt, met inachtneming van de rechten van de verdediging.

Die beslissing wordt binnen de zeven daaropvolgende dagen meegedeeld aan de betrokkenen.

Beslissingen die een gedeeltelijke of gehele tenlastelegging van de totale kostprijs van de mededeling tot gevolg hebben, worden bekendgemaakt in het *Belgisch Staatsblad* en worden meegedeeld aan de andere wetgevende vergaderingen."

Art. 18 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 12 ingevoegd, luidende:

"Art. 12 - Termijnen

De termijnen bepaald in de artikelen 9, 10 en 11 worden geschorst, als het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap uitgesteld is, als de zittingsperiode gesloten is en tijdens het parlementair reces."

Art. 19 - In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk IV ingevoegd, dat artikel 13 bevat, luidende:

"Hoofdstuk IV - Beroep"

Art. 20 - In hoofdstuk IV van hetzelfde decreet wordt een artikel 13 ingevoegd, luidende:

"Art. 13 - Beroep bij de Raad van State

Onverminderd andersluidende bepalingen voor de gemeenteraadsverkiezingen kunnen personen aan wie de beslissing van de toezichtscommissie moet worden toegezonden waarbij een sanctie wordt opgelegd, na ontvangst ervan een beroep tot nietigverklaring instellen bij de Raad van State, overeenkomstig artikel 14, § 1, eerste lid, 1° en 2°, van de wet op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973."

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 18 juni 2018

O. PAASCH,

De Minister-President

I. WEYKMANS,

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS,

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2017-2018

Parlementaire stukken: 219 (2017-2018) Nr. 1 Voorstel van decreet

219 (2017-2018) Nr. 2 Advies van de Raad van State

219 (2017-2018) Nr. 3+4 Voorstellen tot wijziging

219 (2017-2018) Nr. 5 Verslag

Integraal verslag: 18 juni 2018 - Nr. 52 Bespreking en aanneming

ANDERE BESLUITEN — AUTRES ARRETES

FEDERALE OVERHEIDSDIENST SOCIALE ZEKERHEID

[C – 2018/13066]

Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering. — Technische tandheelkundige raad, ingesteld bij de Dienst voor geneeskundige verzorging. — Ontslag en benoeming van leden

Bij koninklijk besluit van 15 juli 2018, dat uitwerking heeft met ingang van 1 juni 2018, wordt eervol ontslag uit hun functies van leden van de Technische tandheelkundige raad, ingesteld bij de Dienst voor geneeskundige verzorging van het Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering, verleend aan de heer LAURENT Etienne, werkend lid en aan de heer VERMEERBERGEN Hendrik, plaatsvervangend lid.

Bij hetzelfde besluit, worden benoemd tot leden bij voornoemde raad, als vertegenwoordigers van een verzekeringsinstelling, de heer DELVENNE Denis, in de hoedanigheid van werkend lid en de heer LAURENT Etienne, in de hoedanigheid van plaatsvervangend lid, ter vervanging van respectievelijk de heer LAURENT Etienne en de heer VERMEERBERGEN Hendrik, wier mandaten zij zullen voleindigen.

SERVICE PUBLIC FEDERAL SECURITE SOCIALE

[C – 2018/13066]

Institut national d'assurance maladie-invalidité. — Conseil technique dentaire, institué auprès du Service des soins de santé. — Démission et nomination de membres

Par arrêté royal du 15 juillet 2018, qui produit ses effets le 1^{er} juin 2018, démission honorable de leurs fonctions de membres du Conseil technique dentaire, institué auprès du Service des soins de santé de l'Institut national d'assurance maladie-invalidité, est accordée à M. LAURENT Etienne, membre effectif et à M. VERMEERBERGEN Hendrik, membre suppléant.

Par le même arrêté, sont nommés membres audit Conseil, au titre de représentants d'un organisme assureur, M. DELVENNE Denis, en qualité de membre effectif et M. LAURENT Etienne, en qualité de membre suppléant, en remplacement respectivement de M. LAURENT Etienne et de M. VERMEERBERGEN Hendrik, dont ils achèveront le mandat.